

**De :** [SeCA Mail](#)  
**À :** Jaquet Sylvain  
**Objet :** TR: Sachplan Materialabbau  
**Date :** lundi 8 juillet 2024 07:02:49

---

**De :** Jorg Eggen <jorg.eggen@mac.com>

**Envoyé :** dimanche 7 juillet 2024 12:53

**À :** SeCA Mail <seca@fr.ch>

**Objet :** Sachplan Materialabbau

Sehr geehrte Damen und Herren,

nach unserer Teilnahme an einer Informationsveranstaltung zum SaM in Düdingen erlauben wir uns eine Stellungnahme zur Revision des Sachplanes.

Es ist begrüssenswert und wichtig, das Fragen der Nachhaltigkeit, des Naturschutzes und der Bewahrung der natürlichen Ressourcen ein grosser Stellenwert eingeräumt wird. Allerdings ist es dann unverständlich, warum der Frage der Wiederherstellung der betroffenen Gebiete nach Ende der Ausbeutung durch in der Regel private Unternehmen kein grösserer Stellenwert eingeräumt wird. Die äusserst knappen und lapidaren Aussagen zu dieser Frage lassen befürchten, dass diesem Punkt im Sachplan und dann auch im Rahmen der Genehmigungsverfahren keine grössere Bedeutung beigemessen wird. Das Fehlen verbindlicher Aussagen dazu ermöglicht die Anwendung unterschiedlicher Massstäbe und begünstigt die Verflechtung finanzieller Interessen zwischen ausbeutenden Unternehmen und den Gemeinden, auf deren Gebiet der Abbau durchgeführt wird. Das bisher zu beobachtende Prinzip, die Gewinne zu privatisieren (bei den die Vorkommen ausbeutenden Unternehmen) und die Risiken der Wiederherstellung nach der Ausbeutung zu sozialisieren (bei den steuerzahlenden Einwohnern der Gemeinde, des Bezirks oder Kantons) muss durchbrochen werden. Es müssen belastbare finanzielle Garantien festgelegt werden, die den Rückbau garantieren und die alle Fragen bezüglich des Rückbaus eindeutig klären. Gleiches gilt für die Dauer der Ausbeutung und bis zur finalen Wiederherstellung des Standortes. Diese darf nicht durch die Vorlage von Projekten zur Anschlussnutzung der Abaugebiete verzögert werden. Betroffene müssen Rechts- und Planungssicherheit haben. Es darf nicht sein, dass die Einhaltung von Genehmigungen durch private Initiative von Betroffenen mit dem damit verbundenen finanziellen Risiko eingefordert werden muss.

Wir hoffen, dass diese Punkte in die endgültige Version des Sachplanes aufgenommen werden und der Schutz der betroffenen Menschen und Gemeinden höheren Stellenwert bekommt. Damit könnte vielleicht sogar eine grössere Akzeptanz von Projekten dieser Art erreicht werden.

Als persönlich von Problemen beim Rückbau von Steinbrüchen Betroffene stehen wir für Fragen zu diesem Themenbereich, den wir bereits mit Herrn Staatsrat Jean-François Steiert anlässlich der Informationsveranstaltung in Düdingen diskutieren konnten, gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen,

Jörg Eggen

---

Chemin des Frandières 28  
1634 L Roche

[jorg.eggen@mac.com](mailto:jorg.eggen@mac.com)

+41-79 839 43 05